

15. Dezember 2006
ORF.at

Lobau: Umweltschützer gründen Rechtshilfefonds

Die Umweltschützer in der Lobau wappnen sich gegen rechtliche Schritte der ASFINAG oder der Stadt Wien. Sie haben einen Rechtshilfefonds gegründet, um geklagte Aktivisten zu unterstützen. Widerstand geht weiter

"In Hainburg hat man versucht, den Bürgerprotest mit Holzknüppeln niederzuschlagen, jetzt sind es Rechtskeulen", sagte Jurrien Westerhof von Greenpeace.

Die Umweltschützer würden sich nicht einschüchtern lassen und weiter an die Vernunft der Auftraggeber appellieren, "dieses unfinanzierbare Projekt zu begraben".

Greenpeace hofft auf Spenden

Der von den Umweltschützern gegründete Rechtshilfefonds besteht derzeit aus nicht mehr als einem fast leeren Konto bei der Marchfelder Volksbank. All jene, die beim Widerstand in der Au nicht dabei sein könnten, hätten durch Spenden an den Fonds die Möglichkeit zur Unterstützung, so Westerhof.

Unterstützung im Falle einer Klage

Mit dem Geld aus dem Fonds sollen Aktivisten unterstützt werden, falls sie als Reaktion auf die Au-Besetzung verklagt werden. Die Aktion der Umweltschützer findet auf Grund und Boden der Stadt Wien statt. Diese hat der ASFINAG Probebohrungen erlaubt, will aber keinen Polizeieinsatz, um die Blockade der Umweltschützer zu beenden.

Die ASFINAG überlegt derzeit juristische Schritte. Die Blockade würde hohe Kosten verursachen, hieß es zuletzt. Die Blockade ist auch Thema im Gemeinderat am Freitag.

Link zum Online-Artikel:
<http://wien.orf.at/stories/157981/>